

# Adressband

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilbündstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 3. September 1932

Nummer 71

## Tarif- und wirtschaftspolitische Kurpfuscherie

In den „Gewerkschaftsforderungen an den Reichstag“ haben wir in Nr. 69 nachgewiesen, daß die Zeit reif dafür wäre, der bisherigen privatkapitalistischen Ausplünderung der großen Massen des deutschen Volkes durch die „schöpferische Lebenskraft der freien Wirtschaft“ endlich einen kräftigen Niegel vorzusetzen. Statt dessen hat nun die gegen den Willen des deutschen Volkes „amtierende“ Reichsregierung ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet und am 28. August durch den Reichstänzer v. Papen mit Übertragung auf alle deutschen Rundfunkender veröffentlicht, das zunächst folgenden telegraphischen Protokoll der freien Gewerkschaften beim Reichspräsidenten zur Folge gehabt hat:

Die Erklärungen des Reichstanzlers in Münster über Absichten der Reichsregierung bedeuten tatsächliche Verletzung des versaffungsmäßig garantierten Tarifrechts, einseitige Bereicherung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Gewerkschaften appellieren an Herrn Reichspräsidenten, solcher beispiellos unsozialen Politik die Zustimmung zu verweigern und die versaffungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen.

Der Reichspräsident v. Hindenburg hat darauf im Zusammenhang mit seiner inzwischen allgemein erfolgten Billigung des ihm unterbreiteten Wirtschaftsprogramms den Reichstänzer noch einmal ausdrücklich ersucht, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen darauf zu achten, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse gesichert und der soziale Gedanke bewahrt bleibt. Wenn nun auch anzunehmen ist, daß dieser schon in seiner Formulierung sehr bedauerliche Wunsch des Reichspräsidenten in der weiteren Gestaltung der diesbezüglichen Bestimmungen des Programms der Reichsregierung nicht ganz unbeachtet bleiben dürfte, so muß doch gesagt werden, daß der bis jetzt bekanntgewordene Inhalt des amtlichen Wirtschaftsprogramms auf eine so einseitige Begünstigung der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung hinausläuft, daß an eine wirkliche und ernste Gefundung der deutschen Volkswirtschaft nicht zu denken und nur mit einer weiteren Verschleppung einer gründlichen und aufbauenden Heilung zu rechnen sein wird.

Soweit die wichtigsten Grundsätze des beabsichtigten Programms der Reichsregierung bisher bekanntgeworden sind, besagen sie u. a. folgendes:

Die Unternehmer bekommen die Umsatzsteuer, die Realsteuern, die Gewerbesteuern und die Beförderungsteuer für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 in der Form erlassen, daß sie für die in dieser Zeit fälligen und zu zahlenden Steuerbeträge in Höhe der geleisteten Zahlungen Steuerrechnungsscheine erhalten, „auf die in den Rechnungsjahren 1934/1938 alle Reichssteuern einschließliche der Zölle und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuer bezahlet werden können“. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1500 Mill. M. handeln. Diese Scheine werden mit einem Aufgeld versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Wirtschaftigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen. Sie werden daher eine Unterlage für die Herannahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Vorträge für den aufgestauten Erhaltungsbedarf sein. Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Mill. M. in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigten. Für jeden neu Eingestellten soll aufs Jahr gerechnet ein Betrag von 400 M. in Scheinen gegeben werden. Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte eingestellt hat, den Tariflohn in einem gewissen genau umgrenzten Umfang, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenze in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Beschäftigten oder der Arbeiterschaft ist. Der Lohn wird aber nicht im

gleichen Ausmaß ermäßigt werden dürfen wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb gezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich „sogar“ noch erhöht. Die Reichsregierung beabsichtigt, das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in seinem wesentlichen Inhalt außer Acht zu lassen. Diese „Aufricht-erhaltung“ soll in einer Umänderung der Tarifverträge in folgenden Punkten bestehen: 1. Die Tarifgebiete sollen verkleinert werden, so daß bestimmte Fragen des Arbeitsvertrags vom Tarif nicht berührt werden. 2. Die branchenmäßige Zusammenfassung wird als unzuverlässig angesehen, so daß eine Aufteilung der Tarifverträge nach einzelnen Branchen erfolgen soll und auch eine Aufteilung nach örtlichen Gesichtspunkten. 3. Die Schlichter sollen das Recht erhalten, von Fall zu Fall festzustellen, ob Betriebe vor der Stilllegung bewahrt werden können, wenn sie die Tariflöhne in einem bestimmten Zeitraum unterschreiten. Die Auflockerung der Tarife ist in der Weise gedacht, daß die Löhne bis zur 30. Arbeitsstunde der Woche in der bisherigen Höhe bestehen bleiben, während bei Neueinstellung von Arbeitskräften die Löhne zwischen der 30. und 40. Arbeitsstunde eine gewisse Ermäßigung erfahren können. Insgesamt soll im Höchstfall eine Ermäßigung von 12½ Proz. eintreten.

Es erhalten also die Unternehmer in erster Linie ein Steuererleichter in Höhe von 1500 Mill. M., in zweiter Linie für jeden mehr eingestellten Arbeiter im Jahre ein Geschenk von 400 M., in dritter Linie sollen sie den Lohn der mehr eingestellten Arbeiter in der Hauptsache von dem Lohn der bisherigen Belegschaft in Abzug bringen dürfen. Jegendwelche Verpflichtungen braucht der Unternehmer nicht eingehen. Jegendwelche Vorschriften über die Preisgestaltung bekommt er nicht. Man hätte das alles viel einfacher machen können. Man hätte die deutschen Arbeiter unmittelbar zwingen können, einen bestimmten Teil ihres Verdienstes an den Reichsausschuß der Deutschen Industrie zur Verteilung an die einzelnen deutschen Unternehmer abzuführen. Seit der Gründung des Deutschen Reichs hat es noch keine Regierung und noch kein Regierungsprogramm gegeben, das so hundertprozentig einseitig alle Vorteile den Unternehmern zugebilligt und alle Nachteile den Arbeitern auferlegt hat. Man kann mit Hilfe der Reichswehr, der Schutzpolizei und anderer Machtmittel die „Ruhe und Ordnung“ in Deutschland nach außen sichern. Aber niemand wird man mit irgendetwasen Machtmitteln erreichen können, daß die 20 Millionen deutschen Arbeiter und ihre Angehörigen, also die Mehrheit des deutschen Volkes, sich innerlich mit derartigen Maßnahmen abfinden. Die Pläne der Reichsregierung sollen 12 Monate (ein Jahr) gelten und „dem organischen Um- und Neubau unfres Staats- und Wirtschaftswesens dienen, der die eigentliche Aufgabe unfres Zeit ist“. So sagt Reichstänzer v. Papen! Wir aber warten nun einmal die entsprechender Notverordnungen ab, um dann zu diesen endgültigen Stellung zu nehmen; es wird ein ganz anderer und vernünftigerer Jahresplan daraus werden müssen, wenn dabei auch jene mitbelfen sollen, auf die es in erster Linie ankommt: die Träger der menschlichen Arbeitskraft!

Im übrigen sind wir aber auch der Ansicht, daß weiterblickende Unternehmer eine solche Prämierung rückständiger Unternehmer als ernsthafte Gefährdung jeder gesunden und berechtigten Rentabilität gutgeleiteter Betriebe beurteilen müßten. Das gilt nicht zuletzt für das deutsche Buchdruckgewerbe, für das wir folgende besonders zeitgemäße Beurteilung von Ursachen und Wirkungen des heutigen Wirtschaftszustandes auch für das Buchdruckgewerbe aus dem vor kurzem erschienenen Jahresbericht des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer für 1931, also aus dem Unternehmerlager selbst, der breiteren gewerblichen Öffentlichkeit nicht vorenthalten möchten:

Das deutsche Buchdruckgewerbe ist als ausgeprägtes Binnengewerbe in starkem Maß beeinflusst durch die innere Lage des gesamten deutschen Marktes, sowohl von der Seite der Produktion wie von der Seite des Konsums her. Es ist klar, daß in Zeiten aufstrebender Konjunktur, in Zeiten, in denen das Geld nicht so knapp wie heute, wo der Anreiz zur Verbesserung des Lebensstandards ebenso wie die Möglichkeit dazu breiten Schichten gegeben ist, das Buchdruckgewerbe einen ganz andern Aufgabekreis vor sich hat als unter den jetzigen Voraussetzungen. Wer vor die Wahl gestellt ist, sich ein Buch zu kaufen oder zur Erhaltung des Lebens notwendige Nahrungsmittel oder Kleidungsstücke, wird kaum schwanken können, wohin er sein Geld gibt; und aller Anreiz, durch Inserate Waren anzupreisen, schwindet naturgemäß dann, wenn keine Käufersehnen vorhanden sind. Niemand wird heute drucken lassen, der nicht unbedingt drucken lassen muß, und er wird nichts drucken lassen, was nicht unbedingt erforderlich ist. Der außerordentlichen Schwund an Aufträgen, dem die un- verändert große und in den ersten Jahren nach der Inflation überpannte Kapazität der Druckereien gegenübersteht, ist in erster Linie Schuld an dem Stund des deutschen Buchdruckgewerbes. Die vielfältigen Beziehungen zwischen Politik, Industrie, Handel, Landwirtschaft und Buchdruckgewerbe, die in der Presse aller Schichtungen ihren lebendigen und sichtbaren Ausdruck finden, sind in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung für die Druckereibetriebe auf das stärkste abhängig von der Kaufkraft der breiten Massen. Je tiefer das Niveau bei diesen sinkt, je weiter der Lebensstandard durch jahrelange Arbeitslosigkeit auf die allerpremiertesten Bedürfnisse herabgedrückt wird, werden die kulturellen Belange, die durch das Buch, die Zeitschrift, überhaupt durch das Druckzeugnis übermitteln werden, immer mehr und mehr in den Hintergrund geraten gegenüber der unabweisbaren Notwendigkeit, zunächst die materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. So hat das Buchdruckgewerbe ein außerordentliches Interesse daran, sowohl in kulturpolitischer Beziehung im Sinne der Aufgaben, die es zu erfüllen hat, wie auch aus wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten mit allen Kräften mitzuarbeiten an der Überwindung dieser ungeheuren Krise, die die Welt, und besonders die deutsche Wirtschaft, in ihren Grundfesten erschüttert hat.

Leider hat der Verfasser dieser ausnahmsweise objektiven Darstellung der gewerbe- und tarifpolitischen Eigenheiten des deutschen Buchdruckgewerbes besonders nach der tarifpolitischen Seite hin selbst noch sehr wenig getan, um diese Einigungen der allgemeinen Kaufkraft abzuschwächen. Als Generalsekretär der Berliner Buchdruckereibesitzer hat er vielmehr schon seit Jahren keine Gelegenheit unbenutzt gelassen, das staatliche Schlichtungswesen und die neuzeitliche Rechtsprechung nach Möglichkeit zu einer fortgesetzten Verschlechterung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, und damit auch der Kaufkraft der deutschen Buchdruckereiarbeiter auszuschlachten. Wir lassen es daher auch zunächst dahingestellt, ob auf der bevorstehenden Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Bad Pyrmont eine besondere Begeisterung für die von der Papenregierung vorgezeichnete splendide Staatshilfe für unfähige Wirtschaftsführung und gleichzeitig geforderte größere Verantwortlichkeit des Unternehmertums auf tarifpolitischem Gebiet in Erscheinung treten wird. Abgesehen von allen weiteren Einzelheiten, reaktionärer wie auch teilweise fortschrittlicher Seiten der Papenschen Wirtschaftspläne glauben wir dennoch gerade nach der macht- und tarifpolitischen Seite hin unterstreichen zu müssen, daß insbesondere die Buchdruckereiarbeiterschaft und ihre Organisationen nach wie vor in der Lage sein werden, die tarifvertragliche Regelung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse um so unabhängiger von jeder politischen Macht aufzubauen und zu erhalten, je weiter letztere sich selbst von jeder Einmischung fernhält. Inwieweit auch auf Unternehmenseite des Buchdruckgewerbes gleiche politische Unabhängigkeit zu wahren gesucht wird, oder ob nicht auch von ihr trotz aller Begeisterung für die sogenannte Freiheit der Wirtschaft die beabsichtigte wirtschaftspolitische Kurpfuscherie mit Hilfe politischer Bevormundung mißbraucht werden soll, bleibt erst noch abzuwarten.

### Zur Rechtslage einer Tarifkündigung

In Nr. 35 des Organs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 27. August, wurden die von der gegenwärtigen Reichsregierung beabsichtigten Eingriffe in das Tarifrecht von der rein sachlichen und rechtlichen Seite her wie nachstehend besprochen.

Seit 1918 ist es die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen, gegen die sich die Unternehmer ununterbrochen wenden. Bei der gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit war den Unternehmern im Jahre 1923 ein „Erfolg“ beschieden. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes wurde damals der Achtstundentag abgebaut. An die Stelle des „thematischen“ Achtstundentages trat der „grundbesitzliche“ Achtstundentag mit vielen Ausnahmemöglichkeiten, die insbesondere die Einführung einer täglichen Arbeitszeit bis zu 10 Stunden und darüber gestatteten. Der von den Unternehmern vorausgesetzte Erfolg dieser Auflockerung der gesetzlichen Arbeitsbestimmungen ist, wie dies die Gewerkschaften vorausgesetzt haben, nicht eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen ist ununterbrochen größer und nicht geringer geworden. Trotz dieses selbstverständlichen Misserfolgs sind die Unternehmer um nichts klüger geworden. Auch die Auflockerung des Tarifvertrags soll der Beseitigung der Arbeitslosigkeit dienen, die nach Auffassung der Unternehmer allein durch diese Maßnahme unbedingt eintreten soll. Es ist mit vollständiger Sicherheit vorauszusetzen, daß ein derartiger Erfolg bestimmt nicht eintreten wird. Aber man kann von Unternehmern und ihren Syndikats nicht verlangen, daß sie wenigstens aus Erfahrung klug werden, nachdem sie es schon nicht verstanden haben, für den sinnlos gesteigerten deutschen Produktionsapparat auch den entsprechenden Absatz zu schaffen.

Seit Juni 1930 haben wir eine ununterbrochene Lohnabnahme über uns ergehen lassen müssen. Parallel hierzu lief eine Rentenabnahme. Das geschah durch Notverordnungen und mit Hilfe des Schlichtungswesens. Der durchschnittliche Lohnabbau während dieser Zeit beträgt 25 Proz. Der Lebenshaltungszindex im Juli 1930 betrug 149,3, im Juli 1932 betrug der Lebenshaltungszindex 121,6, das ist ein Preisabbau von 22,6 Proz. Hierzu ist jedoch ausdrücklich zu bemerken, daß diese statistischen Feststellungen nur einen durchaus relativen Wert haben. Der Lohnabbau war sicher in zahllosen Fällen erheblich größer, der amtliche Lebenshaltungszindex ist überhaupt von sehr zweifelhaftem Wert.

Aber selbst wenn man annimmt, daß Lohnabbau und Preisabbau sich die Waage halten, was war das Ergebnis dieser katastrophalen Lohn- und Preispolitik? Im Juli 1930 betrug die Zahl der heimischen Arbeitslosen 2.765.000, im Juli 1932 5.395.000. Bei weiterer Auflockerung der Tarifverträge, also bei weiterer Abbau der Löhne, wird die Zahl der Arbeitslosen bestimmt im demselben Ausmaß größer werden. Solange die Löhne nicht wieder aufgebaut und die Preise — namentlich auch die Preise für Artikel eines bestehenden Kulturfördernden und Arbeit schaffenden Massenlagers — nicht restlos der gesunkenen Massentaufkraft angepasst werden, solange der Produktionsapparat und der Absatz nicht in ein natürliches Verhältnis gebracht werden, so lange wird die Wirtschaftskrise und damit die katastrophale Arbeitslosigkeit bestimmt nicht zu beheben sein. Um das zu begreifen, dazu gehört sicher keine wissenschaftliche Vorbildung. Aber trotz ihrer vielfachen wissenschaftlichen Vorbildung haben die Unternehmer und ihre Syndikats nicht die Absicht, die einfachsten Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu begreifen oder wenigstens wahr haben zu wollen.

Abgesehen hiervon ist es außerdem nicht richtig, daß wir in Deutschland ein starres Tarifsystem haben oder jemals gehabt hätten. In zahllosen Fällen blieben stets die Tariflöhne hinter den tatsächlichen Löhnen zurück. Immer haben sich die Unternehmer entschließen müssen, besonders für Qualitätsarbeit ibernormalige Löhne zu bezahlen, so daß in diesen Fällen für ihre Kalkulation der Tarifvertrag niemals ausschlaggebend gewesen ist. Aber im Rahmen dieser ibernormaligen Löhne war es den Unternehmern auch immer möglich, Abbaumaßnahmen vorzunehmen, ohne dadurch tarifkränkend zu werden. In vielen Tarifverträgen sind Bestimmungen enthalten, wonach für minderleistungsfähige Arbeiter unter Einhaltung eines bestimmten Verbrauchens prozentuale Abzüge vom Tariflohn zulässig sind. In nicht wenigen Tarifverträgen sind sogenannte Ausschlußstrafen enthalten, die es den Unternehmern ermöglichen, durch wirtschaftlichen Druck auf die Belegschaftsangehörigen um die Bezahlung der Tariflöhne herumzukommen. In diesen teilweise bereits unmoralischen Auflockerungsmöglichkeiten der Tarifverträge kam dann noch die weitgehende Möglichkeit der Auflockerung mit Hilfe des Schlichtungswesens. Die Reichsregierung konnte stets dahin wirken, die Schlichtungsspiele so kurzfristig zu gestalten, daß eine Berücksichtigung der Wirtschaftslage nach Ablauf des so entstehenden kurzfristigen Tarifvertrags jeweils unter staatlichem Zwang möglich gewesen ist. Durch Nichtspruch der Allgemeinverbindlicherklärung konnte die Reichsregierung von den Aufseher-Unternehmern her auf die Handlungsfreiheit der beiderseitigen Tarifparteien stets einen starken Druck ausüben. Neuerdings will die Reichsregierung Verbindlicherklärungen überhaupt nicht mehr ausprechen und mit Allgemeinverbindlicherklärungen sehr zurückhaltend sein, was an sich ebenfalls bereits auf eine weitere Auflockerung des Tarifvertragswesens hinausläuft. Hierzu kommt dann noch die für die

Arbeiter überaus ungünstige Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbehörden, insbesondere des Reichsarbeitsgerichts. Das Reichsarbeitsgericht hat schon wiederholt entschieden, daß Arbeiter, die ihren Tariflohn nachträglich fordern, wenn sie dem Unternehmer nicht vorher ihre Gewerkschaftszugehörigkeit offenbart haben, ihren Tariflohnanspruch verlieren, weil die nachträgliche Geltendmachung desselben arglistig wäre. Das Reichsarbeitsgericht hat es ebenfalls schon wiederholt zugelassen, daß Unternehmer ihre Arbeiter mit der Begründung entlassen haben, daß sie zur Zahlung des Tariflohns nicht in der Lage seien, da der Betrieb diese Belastung wirtschaftlich nicht tragen könne. Es hat sich in diesen Beispielen um Fälle gehandelt, in denen für einen Betrieb zwei Tarifverträge zulässig waren, und zwar ein Tarifvertrag, der mit Gewerkschaften abgeschlossen war, und ein anderer, der mit gelben Vereinen abgeschlossen war. Die Maßnahmen der Unternehmer liefen darauf hinaus, die Mitglieder der Gewerkschaften zur Preisgabe ihrer Mitgliedschaft und zur Anerkennung der Löhne der gelben Vereinigungen zu zwingen. Das Reichsarbeitsgericht hat das gebilligt, wie es ja auch die Tariffähigkeit der Werktreue und der Unternehmergruppen des Pommerischer Landbundes anerkannt hat. Zu allem kommt dann noch neuerdings, daß das Reichsarbeitsgericht immer geneigter ist, den sogenannten nachträglichen Verzicht auf tarifliche Rechte mit der Begründung anzuerkennen, daß die Arbeiter „freiwillig“, um den Bestand des Betriebs und damit den Bestand ihres Arbeitsplatzes zu erhalten, auf ihren Tariflohn verzichtet hätten, was zulässig sei, da wirtschaftlicher Druck des Unternehmers nicht vorliege. Das sind natürlich alles dem Geist des kollektiven Arbeitsrechts vollkommen verneinende Gesichtsbeurteilungen, aber sie zünden das Bild über die Möglichkeiten der Auflockerung des Tarifvertrags mit behördlichen und rechtlichen Mitteln ab. Schließlich ist auch noch die langanhaltende Wirtschaftskrise und katastrophale Arbeitslosigkeit die Kampfkraft der Gewerkschaften gehemmt. Somit ist schon gegenwärtig der Beweis erbracht, daß durch diese Auflockerung des Tarifvertrags von den Unternehmern verheißene Erfolg der Milderung der Wirtschaft und der Beseitigung der Arbeitslosigkeit ebensowenig eingetreten ist, wie seinerzeit bei der Auflockerung der gesetzlichen Arbeitszeitbestimmungen.

Nun aber grundräftiglich zu den uns unbekanntem Absichten des Reichsarbeitsministeriums, die natürlich nur auf eine Beseitigung des Schlichtungswesens oder dessen Nichtanwendung und die Beseitigung der Unabdingbarkeit hinauslaufen können. Wir sind uns über den Unterschied von Macht und Recht durchaus klar. Wir wissen auch, daß eine Reichsverfassung allein diktatorische Maßnahmen nicht verhindern kann. Wir wissen aber auch, ebenso wie der Reichspräsident und die gegenwärtige Reichsregierung, welches Mannes es bedeutet, die Reichsverfassung zu mißbrauchen. Deshalb können wir Reichspräsident und die gegenwärtige Reichsregierung in außerordentlichem Maße darauf bestehen, ihren Maßnahmen im Rahmen der Reichsverfassung zu bleiben. Nun lautet Artikel 165 Absatz 1 Satz 2 der Reichsverfassung: „Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt.“ Aber die Bedeutung dieser Verfassungsbestimmung ist die Auffassung der Gewerkschaften und der arbeitsrechtlichen Wissenschaftler vollkommen einseitig. Unter Vereinbarungen sind die Tarifverträge zu verstehen, und zwar Tarifverträge, die die Arbeitsbedingungen unabhängig regeln. So sagt Universitätsprofessor Singheim in seinen „Grundzügen des Arbeitsrechts“, 2. Auflage, Seite 202: „In dieser Unabdingbarkeit gipfelt das kollektive Arbeitsrecht. Sie begründet die Herrschaft des Kollektivwillens über den Individualwillen. Ohne diese Herrschaft wäre der Tarifvertrag machtlos.“ Universitätsprofessor Nipperdey schreibt in seinem „Lehrbuch des Arbeitsrechts“, 2. Band, 3. bis 5. Auflage, Seite 39: „... daß auch ein neues Tarifgesetz im Grundgesetz am Vorrang des Tarifvertrags vor dem Arbeitsvertrag festhalten muß, wenn es mit der Verfassung im Einklang stehen will. Zur Beseitigung des Unabdingbarkeitsprinzips bedarf es eines verfassungsändernden Reichsgesetzes.“ Universitätsprofessor Dersch nimmt in seinem Lehrbuch „Arbeitsrecht“, 4. Auflage, Seite 45, folgendermaßen Stellung: „Ein Tarifvertrag ohne unmittelbare Normenlegung für Arbeitsverhältnisse wäre also eine Verneinung in sich selbst. Verträge zwischen Verbänden, die nur schuldrechtliche Beziehungen zwischen den Verbänden schaffen, ... ohne auch arbeitsrechtliche Normen aufzustellen, sind als gewöhnliche Verträge denkbar; aber sie sind keine Tarifverträge.“

Schließlich können wir auch der Auffassung von Universitätsprofessor Dersch, a. a. O. Seite 41, vollinhaltlich zu- stimmen: „Tarifvertragsrecht, Berufsverbandsrecht und Schlichtungswesen sind die drei Grundpfeiler des kollektiven Arbeitsrechts. Sie tragen mit gleicher Stärke dieses Gebäude. Die Berufsverbände sind die Träger des kollektiven Arbeitsgemeinschafts. Ihre materiell-rechtliche kollektive Ausdrucksform ist der Tarifvertrag. Ihr verfahrensrechtliches Instrument im Dienst des Tarifvertrags ist das Schlichtungswesen mit der Verbindlicherklärung. So besteht zwischen diesen dreien ein enger Zusammenhang: Ohne Berufsverbände keine Tarifverträge; aber auch ohne Schlichtungsverfahren und Zwangsschlichtung keine vollkommene Auswirkungsmöglichkeit des Tarifvertragsgedankens. In diesem Dreiklang erst entsteht der volle Akkord des kollektiven Arbeitsrechts. Das Fehlen auch nur eines würde zur Auflösung des modernen kollektiven Arbeitsrechts in vollständige Disharmonie führen.“

Wir warten also einseitig in voller Ruhe ab, welche Maßnahmen Reichspräsident und Reichsregierung, ohne gegen die Reichsverfassung zu verstoßen, treffen werden,

um die Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifverträge mehr oder weniger zu befeitigen, denn wir sind der Überzeugung, daß es nicht möglich sein wird, diese Preisauflage zu lösen. Man kann die Anerkennung der Gewerkschaften und der Tarifverträge mit unmittelbarer und unabhängiger Wirkung nur befehlen oder verneinen, ein Mittelglied gibt es nicht. Die Verneinung wäre Verfassungsbruch.

### Die Tragödie der deutschen Arbeiterschaft

Drohend erhebt in Deutschland die Reaktion ihr Haupt, mit Riesenschritten eilen wir einem Zustand entgegen, der für die Arbeiterschaft unerträglich wird. Alles, was an Rechten der Arbeiterschaft durch die Verfassung verbürgt ist, droht verloren zu gehen, und die brutale Faust der Ausbeuter wartet im Hintergrund auf den entscheidenden Schlag, den es gegen die Arbeiter führen will. Es besteht für die Arbeiterschaft höchste Gefahr. Not und Elend schreit und schreit durch die Gassen, auf den Landstraßen liegen ganze Familien, ohne Hab und Gut, ohne Heimat und Wohnung, verbittert und vergrammt, Jörn und Mut im Leibe. Die Stoffungen sind geschwunden, denn von der Weisheit der Regierung ist nichts zu erwarten, sie hat alle Hände voll zu tun, um die jahrelang systematisch aufgestellten braunen Bänden zu bändigen und die Ansprüche der Junter und Unternehmer zufriedenzustellen. Allein in wieder die Arbeiterschaft auf sich angewiesen, allein muß sie gegen die geeinte Reaktion ankämpfen, selbst muß sie wissen, was sie will.

Die Zeit erfordert Klarheit und Einsicht. Für Millionen sind die Gewerkschaften das Bollwerk, an dem der Faschismus zerbrechen wird. Dieses Bollwerk zu festigen ist jetzt unsre vornehmste Pflicht. Es hilft kein Klagen und Jamern über Berganges, über angebliche und doch nur zeitbedingte Fehler oder falsche Entschlüsse. Jetzt ist Einigkeit notwendig, das Zusammenfinden der Arbeiterschaft in einer Kampfeslinie das Gebot der Stunde. Soll die Reaktion auf der ganzen Linie siegen? Soll der feudale Junter und der brutale Kapitalist für alle Zeiten regieren? Nein, wir wollen es nicht! Nein, wir dulden es nicht! Wir sind keine Kulis, wir sind keine Sklaven, Nein, wir sind freie Menschen, wir haben freie Gedanken, wir haben einen freien Willen, wir wollen leben, so wie es sich in einem Kulturland gehört. Wir schaffen die Werte, wir schaffen die Güter, wir wollen den uns gebührenden Anteil daran.

Einfuhr tut not. Welcher Parteirichtung wir auch angehören, setzen wir uns klar darüber: was jetzt ist, konnte nur werden, weil die Arbeiterschaft sich selbst gerichtet hat. Die Reaktion hat davon den Nutzen. Mit größter Gelassenheit kann sie jetzt, wo sie im Sattel sitzt, der allerdings eine sehr magliche Grundlage hat, sagen: „Was wir erreicht haben, haben wir dank der Unfähigkeit der Arbeiter erreicht.“ Und es ist so. Wir haben uns um Prinzipien, um Generalisierungen, um Reichs- und Zentralverordnungen gestritten, bis sie die Reaktion, den politischen Machtapparat wieder in der Hand hat. Bei uns wurde nach „Arbeitervertretern“, nach „Sozialsozialisten“, nach „Konterrevolutionären“ so lange geschmissen, und weil keine da waren und sind, wurden welche dazu getempelt, bis die Reaktion gesiegt hat. Reichter konnten es die Unternehmer nicht haben.

Es ist hier nicht der Ort, politische Streitfragen aufzuwerfen. Was wir wollen, ist die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Es muß aber ausgesprochen werden, daß es so nicht weitergehen kann, wie die KPD und WGD. Es nach der letzten Reichstagswahl traiden. Offenbar hat der Stimmenzuwachs der KPD, den Führern den Kopf verdrückt. Sie haben eine wilde Hege gegen die Gewerkschaften entfesselt, bei der man vergeblich nach einem Punkt sucht, der durch die Ereignisse gerechtfertigt wäre. Leipart soll mit Schleicher Verhandlungen geführt und sich mit dem Adelskabinett einverstanden erklärt haben, erzählt die „Völkische Zeitung“ ihren Lesern. Beim Arbeitsminister sollen Gewerkschaftsführer gewesen sein und ihr Einverständnis mit der Beseitigung des Tarifrechts ausgesprochen haben. Weiter wird der Versuch gemacht, die Gewerkschaften zu verächtigen, daß sie „Fäden zu den Nazis“ gesponnen hätten. Die Unverfänglichkeit wird durch den Satz erkomen: „Die Gewerkschaftsinstanzen sind aus Klassenkampforganisationen zu Streikbrecherzentralen geworden.“

Warum arbeiten die Kommunisten mit solchem offensichtlichen Schwindel? Warum nur? Damit die nationalsozialistische Presse es nachbrudt und es zum Kampf gegen die Gewerkschaften ausmündet? Ist es Absicht der Kommunisten, den Gegnern der Gewerkschaftsbewegung Waffen gegen die Berufsvertretung der Arbeiter zu liefern? Sollen sich die Arbeiter noch mehr zum Vorteil der Reaktion herbeiziehen? Auch der gläubigste Kommunist sollte wissen, daß die Reaktion die Zerstörung der Gewerkschaften herbeizieht. Wollen die Kommunisten der Reaktion zu diesem Triumph verhelfen? Wissen sie nicht, daß dann der Arbeiterschaft der letzte Halt genommen ist? Die Reaktion ist brutal und offen. Sie deckt jetzt ihre Karten auf. Die in Berlin erscheinende „Berliner Börsen-Zeitung“, früher Propagandaorgan für den Nationalsozialismus, jetzt Regierungsgorgan, führt seit Wochen gegen die „wirtschafts-gestörenden Gewerkschaften“ einen streifenlosen Kampf und bebittet sich dabei des Materials, das die Kommunisten liefern. Sehen die Kommunisten das nicht?

Einfuhr ist notwendig. So kann es nicht weitergehen. Die Kommunisten nehmen die Abhebung der Preußenregierung am 20. Juli zum Vorwand ihrer Hege gegen die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften hätten, so sagen sie, streiken müssen. Schön. Aber waren es nicht die Kommunisten im Preussischen Landtag, die wenige Tage vorher

einen Rücktritts Antrag gegen die Preußenregierung einbrachten, der mit Hilfe der Nazis und Deutschnationalen angenommen wurde? Ist den Führern der KPD und NSD nicht bekannt, daß dieser von den Kommunisten gestellte Mißtrauensantrag von der gesamten Reaktion gegen die Preußenregierung ausgenutzt wurde? Haben sich die Kommunisten nicht an dem Volkseinstieg gegen die Preußenregierung beteiligt? Zusammen mit den Nazis, dem Stahlhelm, den Deutschnationalen, zusammen mit der gesamten preußischen Baronei? Und als die Preußenregierung fiel, deren Sturz die Kommunisten selbst vorbereitet haben, deren Beseitigung sie jeden Tag forderten, da verlangten sie von den Gewerkschaften den Generalkstreik. Welcher Widerstand, um nicht zu sagen: welche Dummheit! Die Kommunisten helfen eine Regierung stützen, und verlangen einen Generalkstreik, wenn sie fällt. Und warum streiken? Die gestürzte Regierung soll wieder eingesetzt werden. Welchen Sinn hat eine solche Politik? Welche Taktik liegt ihr zugrunde? Man kommt hier um die Feststellung nicht herum, daß die Führer der KPD und NSD absichtlich solche Katastrophen mit herbeiführen wollen. Politischer Haß macht blind; aber diese Blindheit wirkt sich zum Schaden derjenigen Volksschichten aus, die die Kommunisten vertreten wollen.

Die Gewerkschaften können solche Katastrophenpolitik nicht mitmachen. Damit soll man sie versehen. Sie können nicht die Arbeiter ins Unglück stürzen. Mit Recht würde man sie nachher anklagen, daß sie kurzfristig gewesen wären. Und soweit wir die KPD und NSD kennen, wären sie hinterher die lautesten Ankläger. Wenn es ernst mit dem Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus ist, der muß alles vermeiden, was die Einheit der Gewerkschaften stören kann. Das Schimpfen auf die Führer fördert den Aufstieg der Arbeiterklasse nicht. Hier tut Einkehr not. Man muß dies mit größter Deutlichkeit aussprechen. Wer heute noch glaubt, mit Festsitzerei sich beschäftigen zu sollen, der hat die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden. Der Sieg des Proletariats über den Kapitalismus wird nicht in endlosen Debatten über Grundzüge und Abweichungen entschieden. Man muß auf dem Kampfplatz erscheinen, sich dem Gegner stellen, gegen ihn operieren, taktisch sich auf ihn einstellen. Wie im Gefecht wechselt die Taktik nach den Maßnahmen des Gegners. In Zeiten ruhiger Entwicklung kann man an die Vertiefung der Grundzüge gehen, jetzt stehen taktische Fragen in dem Vordergrund.

Das Barometer steht auf Sturm. Wir wissen nicht, was uns die kommenden Wochen und Monate bringen werden. Alles spricht dafür, daß jetzt die Reaktion den Hauptschlag gegen die Arbeiter und deren Einrichtungen führen will. Jahrelang wurde von den Kommunisten behauptet, es könne nicht schlechter werden. Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, daß es noch viel schlechter werden kann. Wir wollen nicht an die Zeiten der Regierung Müller-Severing erinnern, jeder weiß selbst, daß die Löhne und Unterhaltungsätze damals bedeutend höher waren. Durch den Sturz der Regierung und durch die Beseitigung der Preußenregierung hat die Arbeiterschaft starke Positionen verloren. Wenn jetzt gefragt wird, warum diese Positionen nicht gehalten wurden, so sei darauf hingewiesen, daß aus den Reihen der gesplitteteren Arbeiterschaft selbst auf den Sturz dieser Regierungen hingearbeitet wurde. Hinter einer Regierung muß eine in sich geschlossene Masse sein, sonst kann sie sich nicht auf die Dauer halten. Kommunisten und Sozialdemokraten sind ebenso stark als die faschistische Partei, gehen sie gemeinsam vor, wird der Subzerkamp eingeleitet, braucht uns um die Zukunft der Arbeiterbewegung nicht bange sein. Die Gewerkschaften dürfen nicht unterhohlt werden.

# Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Heinrich Gajshofer in Nördlingen  
Eingetretten: 4. September 1882 — Jetzt Invalide

## Kursus für erwerbslose Buchdrucker in Berlin

„Arbeiten können — in unserm Fach arbeiten können, das ist unser schärfster Wunsch.“ — Diese Worte habe ich vielenmal von den jungen Kollegen gehört, die in meinen Kursus an der Handwerkerschule eintraten wollten. Vom Produktionsprozess ausgestoßen — nicht mehr an der Maschine oder am Kasten stehen dürfen —, das ist für den rechten Buchdrucker auch ein hartes Los. Wer in seinem festen Brot steht, wird diese Worte nicht ganz verstehen können, aber wenn er einmal die Kollegen sieht und hört, denen kein Erwerb zur Zeit möglich ist, dann wird er es vielleicht nicht nur verstehen, sondern die Wahrheit der eingangs angeführten Wunschäußerung wird ihm zum Erlebnis werden.

Nicht nur ein nüchternes Erwerbsstreben weisen unsre arbeitslosen Kollegen auf, sondern ein ehrliches Streben, das auf den Erwerb von Kenntnissen und Können gerichtet ist. Sie wollen den Geist der Typographie unsrer Zeit voll und ganz erfassen, damit sie ihm in rechter Weise Ausdruck durch Gestaltung geben können.

In dieser Lage ist man in maßgebenden Stellen auch nicht achtlos vorübergegangen. Es wurde im Herbst 1931 ein Kursus an der Kunstgewerbes- und Handwerkerschule Berlin-Ost eingerichtet. Hier wurde Gelegenheit gegeben, praktische Arbeit an den Erwerbslosen zu leisten. Der Besuch ist für jeden Berufsangehörigen kostenfrei, und für weiter entfernt wohnende Teilnehmer wird wöchentlich ein wesentlicher Fahrgeldzuschuß gewährt. Der Unterricht findet an vier Wochentagen je vier Stunden lang statt, die Lernmittel werden geliefert.

Es dürfte nun interessieren, was in diesem Kursus geschieht wird. Das Wintersemester 1931 war dem Aufbau und der Einrichtung gewidmet. Als Grundlage für die gesamte Kursarbeit wurde Skizzieren und Ent-

wurfen von Drucksaßen geübt. Nach Fertigstellung eines für die Praxis brauchbaren Entwurfs erfolgte dann jeweils die Ausführung in den Schutwerftischen. Neben diesen Arbeiten liefen aber zur Vertiefung und Förderung des fachwissenschaftlichen Denkens der Kursteilnehmer Vorträge des Leiters einher, an die sich dann eine freie Aussprache angeschlossen. Zur Durchdringung der theoretisch behandelten Stoffe sind entsprechende Betriebsbesichtigungen vorgenommen worden. Auch aus dem Kreis der jungen Kollegen wurden interessante Referate gehalten, die ebenfalls eifrig diskutiert wurden.

Das Entwerfen von Drucksaßen umfaßte Anzeigenwürfe, Entwürfe von Normdrucksaßen (Briefkopf, Rechnung, Postkarte, Besuchkarte, Briefumschlag), Entwürfe für Werkschlag (Textanordnungen, Titelgestaltungen).

In fachwissenschaftlichen Themen wurden behandelt: „Einrichtung und Betrieb einer neuzeitlichen Buchdruckerlei“ mit anschließender Besichtigung der Firmen R. Wolf und Rudolf Wasse. — Aus der Materialkunde: Die „Herstellung des Sahmaterials“ (Besichtigung der Schriftgießerei H. Verthold) und die „Druckfarbenfabrikation“ sowie das „Waschen der Farbe“ (Besichtigung der Farbenfabrik Gebr. Schmidt). Ferner das „Waschen der Druckarten“ (Mikroskopische Betrachtungen und Besichtigung des „Vorwärts-Tiefdrucks“), die „Reproduktions-techniken“ und ein „Überblick über die Geschichte des Buchgewerbes“ (Buch- und Schriftwesen vor Gutenberg, Erfindung der beweglichen Letter und das Lebensbild Gutenbergs, Zunftangehörigkeit, Goldenes Zeitalter, Verfall, das Buchgewerbe im 18., 19. und 20. Jahrhundert). Zur Vertiefung dieses Kapitels wurde ein Besuch des Schriftmuseums der Firma Heinge & Wankersch und vorher eine Besichtigung der Darmstädter Handchriftensammlung in der Preussischen Staatsbibliothek unternommen. Allgemein unterrichtete Anschauungsmaterial des Kursteilnehmers die wenig bekannten Gebiete.

Nach den aufbauenden Arbeiten des Winterhalbjahrs konnten zu Beginn des Sommerhalbjahrs unter den Kursteilnehmern Reisegruppen gebildet werden, die immer an einer gleichartigen Aufgabe, jeder aber selbstständig für sich, arbeiteten. Dadurch wurde es möglich, den einzelnen persönlich zu erfassen und ihn gleichzeitig in den Wettbewerb mit andern Kollegen zu stellen.

Die praktischen Arbeiten umfaßten für die verschiedenen Gruppen: Werkschlag, Titelschlag, Prospekt und Zirkularschlag, Geschäftsdrucksaßgestaltung, Anzeigen, Schriftkategorien und Schriftkonstruktionen. Bei diesen Bearbeitungen wurde innerhalb der einzelnen Arbeitsgemeinschaften durch eine eingehende Bepfehlung der Aufgaben eine möglichst lebendige, prägnante Einstellung herbeigeführt.

Neben diesen Ausprägungen innerhalb der einzelnen Gruppen fanden wieder Vorträge und Betriebsbesichtigungen im großen Kreis der gesamten Teilnehmerchaft statt.

So wurde nach einer Besichtigung der Farbenfabrik von Hans Münder (Berlin-Hohenschönhausen), die außerhalb der Kursstunden an einem Sonntagvormittag erfolgte, vom Kursteilnehmer ein Vortrag gehalten über die Bedeutung der Illustrationsverfahren in unserm Jahrhundert und die Einstellung des Buchdrucks zu seinen Konkurrenten auf diesem Gebiet, dem Tiefdruck und Flachdruck. An Hand von Anschauungsmaterial wurde dargestellt, wie die Doppeltonfarben und Spezialtiefdruck im Buchdruck auf rauhen Papieren tiefdruckähnliche Wirkungen hervorzuufen und so wesentlich zur Konkurrenzfähigkeit beitragen.

Ferner erfolgten Farbenmischübungen mit Buchdruckfarben der Firma Gebr. Schmidt (Pankow-Heinersdorf), die ein Verständnis der Zusammenhänge in der Welt der

### Unsre Kulturaufgabe

Drei schöpferische Organisationen haben ihren Sitz in unserm Verbandshaus in der Dreibrunnstraße. Unser Verband ist der Hort der gewerkschaftlichen Treue und der Kampferbundenheit. Er ist die Stütze aller derer, die eine unabherrschte Wirtschaftsordnung ihres Rechtes auf Arbeit herbeizuführen. Er ist die unerschütterliche Grundlage unsres Wohlens und nur, wenn wir uns dessen eingedenk sind, können wir unsre Aufgaben begreifen ... und vorwärts schreiten.

Neben ihm wirkt der Bildungsverband. Er sammelt die Kräfte des Strebens und der Gestaltung und treibt die berufliche Entwicklung unablässig voran. Er zeigt den Mutlosen immer wieder neue Ziele und reicht ihnen über die Leere des Arbeitslosendaseins hinweg das helfende Geiß der eignen Schaffensfreude.

Und zwischen beiden kreibt als dritter Pfeiler die Bücher-gilde Gutenberg empor! Getragen von dem festen kameradschaftlichen Verbundensein der einen, vorwärtsgetrieben von dem Willen und der Idee der andern Seite.

Das ist es, was uns allen die feste Stütze gibt: Im harmonischen Dreiklang steigt die Stärke und die Garantie für die Zukunft!

Wir haben guten Grund, wachsam zu sein. Von allen Seiten kommt die Meute der Reaktion, um alle Rechte zu entreißen! Wir stehen mitten in einer aufgelösten Wirtschaftsform, in der Endphase des kapitalistischen Systems! Noch will es nicht von der Lebensbahn abtreten, es kämpft um seine Existenz! Es wird ihm nichts helfen! Alle falschen Propheten können die eberne Tafel nicht verschleiern: Der Sozialismus ist auf dem Marsch! Er muß kommen! Denn — und das ist entscheidend — wir sind nicht mehr eine ziellose, unwillige Schaarenherde einer frühkapitalistischen Zeit! Wir fronen nicht mehr in ohnmächtigem Jörn an den Maschinen, wir tragen nicht mehr das

Joch uralter Knechtsgehoramsamkeit — wir sind wach und sehend geworden! Karl Marx zeigte uns den Feind, mutige Männer fanden den Weg! Um das Banner des Sozialismus scharte sich das Proletariat und begann im Massenschritt die Volkwerke des herrschenden Systems zu erschüttern!

Und bei diesem Weg aus der Tiefe leuchtete uns das stolze Wort: Wissen ist Macht! Wir Buchdrucker haben von altersher eine große Aufgabe: die Aufklärung! Unsre Kunst hat vor 500 Jahren der größten Weltrevolution die Tore geöffnet. Wir haben allen Menschen erst das Reich der Kultur erschlossen. Das Wort ward frei!

Aber wir wissen auch: die Buchdruckkunst ist ein Machtmittel in der Hand des Kapitalismus. In Büchern, Geschrifteten, Zeitungen — unsre Hände müssen falschem Geist und der Lüge Ausdruck verleihen, wir müssen der äußeren Form die Waffen schmieden, die gegen uns selbst, gegen die Arbeiterschaft gerichtet sind.

Aber wir wehren uns dagegen! Als unser Verband vor 66 Jahren die Gewerkschaftsidee zum Leitmotiv erhob, da nannte man uns Pioniere. Es muß uns alle mit Stolz erfüllen, daß wir auch Wegbereiter in der Arbeiterbildung geworden sind! Durch die Gründung der Bücher-gilde Gutenberg! Wie begeistert waren wir 1924 — als der erste Werberuf in das Land ging! Es war ein mutvolles Beginnen, denn wir waren alle durch die Zustände arm geworden. Aber in allen Städten, im kleinsten und im größten Betrieb stellten sich unsre Funktionäre in den Dienst der Idee! Die Zeichnungstischen füllten sich — das Werk konnte beginnen! Kein Urstein, kein Misse steckten mit großem Vermögen dahinter — nur die Gemeinschaft der werktätigen Buchdrucker war der feste Baugrund!

Und ist es geblieben! 80 000 Mitglieder haben freie Auswahl unter mehr als 100 Büchern! Auf dem freien Büchermarkt geht der Absatz zurück — in der Bücher-gilde gibt es bis heute noch keine Stockung. Der Durchschnittsladenpreis

aller Bücher war für 1931 im freien Buchhandel 8,29 M. Die in festes Leinen gebundenen, sehr gut ausgestatteten Werke der Bücher-gilde kosten regelmäßig 2,70 M. Das ist der Unterschied! Die Bücher-gilde schaltet jeden Profit aus. Sie ist von sozialistischem Geist durchpflust.

Unsre Aufgabe ist es, die Bücher-gilde zu erhalten und zu fördern! Wir kennen ihre Werte. Der Erfolg beruht auf der einfachen Tatsache, daß die Bücher halten, was der Verlag verspricht! Bewußt wendet sich die Bücher-gilde an das schaffende Volk. Sie bringt keine leichte Unterhaltungsliteratur, keine falsche Romantik, keine Augenblidsbücher. Die Autoren reden unsre Sprache, wecken neue Gedanken! Ein neues Weltbild erstekt in uns! Wir erkennen, daß wir mit allen Schicksalsgenossen in allen Ländern verbunden sind. Es sind Bücher, die unsren Geist formen, uns immer neuen Reichtum geben und Licht und Fröhlichkeit in unser Leben tragen!

Selbe Freude erweckt immer wieder die typographische Ausstattung. Die Bücher-gilde wird zum Markten begriff in der Buchkunst!

In diesem Jahr sollen es 100 000 Mitglieder werden! Das Ziel ist erreicht, wenn wir alle unsre Pflicht kennen: Unablässig arbeiten! Sollte der Bücher-gilde selbst die Treue, auch wenn Kurzarbeit dein Einkommen schmälert. Und wenn dich, lieber Kollege, die Geißel der Arbeitslosigkeit geschlagen — dann verzichte nicht auf die Mitgliedschaft! Das Monatsgehalt bekommst du umsonst! Und wenn du neue Leser wirbt, dann winten deiner Treue die neuen Werberprämiën! Das Friedrich-Engels-Buch „General und die Frauen“ mußt du besorgen! Waffner Viktor schrieb es in beschwingter Sprache.

Wir wollen durch das Werk der Bücher-gilde alle Kreise erobern, deren Los noch nach Armut und Gebundenheit ist — die aber mit uns auf Freiheit und Gerechtigkeit hoffen!

Roder Wajse u.

Farben vermitteln sollten und gleichzeitig die Fertigkeiten im Mischen von Farben für den Klebdruck festlegen.

Als nächstes gemeinsames Thema wurde dann das Arbeiten an der Handpresse nebst Einführung in ihre geschichtliche Entwicklung, ihren Aufbau und ihre verschiedenen Systeme behandelt. Zur praktischen Vertiefung dieses Themas verlegten die Kurstusteilnehmer die Herstellung der mangelhaften Wertpapierpresse.

Ein weiteres Thema bildete eine Ausstellung von Teildrucken aus den fünfzig besten Büchern des Jahres 1931 und eine anschließende Besprechung. Um die Kurstusteilnehmer auch lebensundlich zu fördern, wurde eine Anfrage aus ihrem Kreis über Unterschiede und Wesen von Sola- und Primawechsel in ihrer Verantwortung allgemein besprochen und durch konstruierte Wechselverhältnisse eine Klarstellung der Begriffe 'Traffant', 'Traffat', 'Remittent' und 'Indoissant' herbeigeführt.

Als letzte allgemeine Veranstaltung vor Ablauf der ersten zehn Wochen des Sommerseminars fand ein Vortrag des Kurstusteilnehmers über das Schriftschaffen der heutigen Zeit unter den Gesichtspunkten 'Antiqua-Federgrötes' und 'Egyptienne-Grotes' statt. Die Ausführungen wurden durch ein reichhaltiges Schriftprobenmaterial, das die Schriftsetzereien zur Verfügung gestellt hatten, unterstützt.

Ein Besuch der Ausstellung 'Sonne, Luft und Haus für alle' diente dazu, die Kurstusteilnehmer auch über den Rahmen ihres beruflichen Denkens hinaus zu interessieren. — Für eine körperliche Gesunderhaltung und Erleichterung sorgen die an jedem Montag auf der Spielwiese I im Treptower Park veranstalteten Sportischen Spiele.

Allgemein ist über den Kursus noch zu sagen, daß mit äußerster Strenge von allen Beteiligten auf pünktliche und regelmäßige Teilnahme geachtet wird. Es wird fleißig gearbeitet. Es ist ein Arbeitsdienst im und am Beruf, den hier jüngere und ältere Buchdrucker leisten. Eine Kulturarbeit wird erfüllt: 'Erhalten der bereits erworbenen Fähigkeiten und Fertigkeiten und, wenn irgend möglich, noch ein Weiterbauen auf diesen Grundlagen.'

So die unfreiwillige Freizeit nutzen, heißt einen Dienst an der Nation vollbringen; denn wenn die Wirtschaft einst wieder ruft, werden Männer kommen, die sich nicht erst mühsam tappend zurechtfinden müssen, sondern die in die Praxis eingreifen, als wäre nie eine Zeit gewesen, in der sie abseits von der Produktion standen. Wer so zu seinem Beruf steht, der leistet einen hohen Dienst an seiner Volksgemeinschaft; denn ein gebiegender Fachmann wird auch allemal ein gebiegender Staatsbürger sein!

Eichwalde. Edwin George.

**Korrespondenzen**

**Braunschweig (Handfeger).** Die Verlesung der 30. Juli hat wieder nur schwachen Besuch aufzuweisen. Hier: Neuaufnahmen konnten an diesem Abend vollzogen werden. Unter Mitwirkung hat bis jetzt die Zahl 120 erreicht, was von etwa 500 Handfegern in unserm Bezirk immer noch eine geringe Summe ausmacht. Wir hoffen, daß hiermit ein stiller Stand in unsern Reihen eintritt, sondern die noch stehenden Kollegen den Weg zur Handfegerpartei finden werden. Leider mußten wir ein Mitglied aus unsern Reihen verweisen bzw. ausschließen, weil der betreffende Kollege sich der Zellenorganisation der DGBW. verschrieben hatte. Den Kassenericht gab Kollege Riga an, aus dem zu entnehmen war, daß trotz der riesigen Arbeitslosigkeit dennoch durch sparsames Verwalten unser Beiträge in diesem Vierteljahr ein kleines Plus herausgesprungen ist. Wir alle sind uns der Schwere dieser Zeit bewußt, wir wissen noch nicht, was uns die kommende Zeit bringt, denken aber durch Gehilfenzeit und Sparlichkeit über diese Zeit hinwegzukommen, zum Trost der verdrängten, feindsidig gesinnten, reaktionären Organisationen gewisser politischer Parteien. Das diesjährige Wanderverbot fand in Hameln am 7. August statt. Aus finanziellen Gründen wurde nur eine Delegation dorthin entsandt. Unser diesjähriges Winterprogramm ist mit der Arbeitsgemeinschaft durchgearbeitet. Hier wird den Kollegen Vorgesicht geboten, sich weiterzubilden. Für die arbeitslosen Kollegen will man hauptsächlich versuchen, einen Kursus an der Kunstgewerbeschule einzurichten. Nach eigenen Anregungen unter 'Verhinderung' fand die zu verlassene Veranlassung ihren Abschluß. Den arbeitslosen Kollegen wurde an diesem Abend ein kleines Jahrgeld gegeben.

**Frankfurt a. M. (Handfeger).** Inmitten einer schweren Notzeit hatte der Vorstand unser Gauvereinsung zu einer Vorstandskonferenz, verbunden mit einem Handfegerkongress, aufgerufen, um in erster Beratung die zukünftige Arbeit festzulegen. Daneben sollte durch die Tagung auch die innere Stärke der Organisation nach außen hin dokumentiert werden. Am Abend des 6. August trafen sich die Delegierten aus dem ganzen Gau in hiesigem Gewerkschaftshaus. Nach einem Rundgang durch das Gebäude und einem längeren Aufenthalt auf dem herrlichen Dachgarten wurde die Konferenz durch Kollege Gehrmann als Vorsitzendem der Gauvereinsung eröffnet. Als Vertreter des Gaus konnte Kollege Kopsch und als Vertreter der Zentralkommission deren Vorsitzender, Kollege Fiedler (Berlin), begrüßt werden. Zu den einleitenden Worten wurde darauf hingewiesen, daß nunmehr zwei Jahre seit der Giesener Konferenz verstrichen seien. Damals fand die Sparte im Aufbau, leider habe die Wirtschaftskrise so manche damals gehegte Hoffnung nicht in Erfüllung gehen lassen. Kollege Kopsch begrüßte anschließend die Erschienenen im Namen des Gauvorstandes, während Kollege Fiedler in Auftrag der Zentralkommission die besten Wünsche zu einem guten Verlauf übermittelte und dabei betonte, daß die Zentralkommission die Beschäftigung der Vorstandskonferenzen beschloß, um aus ihnen wirkliche Arbeitstagen zu machen. Anschließend gab Kollege Gehr-

mann den Bericht des Vorstandes der Gauvereinsung. Auf eine ausführliche Berichterstattung kann verzichtet werden, da der Bericht bis zum Ende des Jahres 1931 gedruckt vorliegt. Die starke Arbeitslosigkeit, gerade unter den Handfegern, machte die Arbeit außerordentlich schwierig, es war daher zu begrüßen, daß der Beitrag für arbeitslose und kranke Mitglieder durch die Zentralkommission herabgesetzt wurde. Kollege Gehrmann forderte von allen Anwesenden höchste Anspannung aller Kräfte, um die Sparte auch in dieser Zeit stabil zu erhalten. Der Zentralkommission gebührt besonderer Dank für die Unterstützung, die sie jederzeit durch Schreiben und Druckarbeiten gegeben hat. Den Kassenericht der Gauvereinsung gab Kollege Bährer. In der Aussprache zu diesem Tagungsordnungspunkt bedauerte Kollege Schneider (Gießen) die Tragheit so mancher Funktionäre, die, wie das Beispiel von Bad Nauheim beweise, oft schuld sei, wenn die Vereinigungen eingehen. Rundendungen sollen nach Meinung von Giesener Kollegen nur durch den Bildungsverband gestellt werden. Anschließend brachte Kollege Schneider einen Antrag ein, der dem Vorstand der Gauvereinsung Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit ausdrückt. Kollege Ude (Gießen) bemängelte die Rundendungen und glaubt, daß die Sparte nur organisatorisch tätig sein solle. Der Ausbau eines Referentenheftes sei wichtiger. Kollege Merle (Kassel) wies darauf hin, daß bei der heutigen Lage die Bildungsarbeit den Kollegen keine Bedeutung finden, da die Möglichkeit einer Auswertung nicht gegeben ist. Kollege Gehrmann wies zum Abschluß darauf hin, daß alle Sparten ihre Bildungsfragen selbstständig behandeln und daß auch die Handfeger hierauf nicht verzichten können. Der Antrag Schneider wurde hierauf einstimmig angenommen. Unter Punkt 3 folgten die Berichte der örtlichen Vereinigungen. Kollege Farren (Kopf (Sulda)) wies darauf hin, daß der Gauverband eine rasche Agitation entwickelt habe, daß es ihm gelungen sei, nennenswerte Siege zu erzielen. In Sulda herrscht noch der alte gewerkschaftliche Kampfergeist. Für Frankfurt bedauerte Kollege Gehrmann den schlechten Besuch der Versammlungen und den Mitgliederrückgang, der ganz besonders durch Austritt von Kollegen, die in Zeitungsbetrieben stehen, entstanden ist. Die Jugend steht den Gewerkschaftsfragen uninteressiert gegenüber, diesem Gebiet muß deshalb besondere Sorgfalt gewidmet werden. Kollege Schneider (Gießen) konnte berichten, daß alle Mitglieder der Sparte die Treue bewahrt haben. Sechs invalide Kollegen im Alter von 75 bis 82 Jahren nehmen auch heute noch regen Anteil an der Sparte. Die Zusammenarbeit mit den übrigen Sparten ist erfreulicherweise gut. Für die jüngste Vereinigung Hanau berichtete Kollege Degoutie von einem guten Verhältnis. Kollege Merle (Kassel) berichtete über sechs Versammlungen. Eine Wanderversammlung in Hannover-Hildesheim war gut besucht. Der Vorstand wird alles tun, um die Kollegen zusammenzuführen. In Offenbach ist, nach dem Bericht des Kollegen Hügel, der Versammlungsbesuch gut zu nennen. Bessere Zeiten zum Aufbau wären sehr erwünscht. Kollege Gehrmann stellte abschließend fest, daß die Vorstände gute Arbeit geleistet haben. Punkt 4 brachte ein Bericht des Reiches über die Reichskonferenz. Er wies darauf hin, daß die Beschäftigung der Vorstandskonferenzen erfolge, um eine bessere Fühlungnahme herbeizuführen. Diese Fühlungnahme sei notwendig, um ein einheitliches Arbeiten aller Vereinigungen im Reich herbeizuführen, ein bestmögliches Vertrauensverhältnis zwischen den Vorständen und der Zentralkommission zu sichern und schließlich, um den Vorstandskonferenzen den Charakter echter Arbeitstagen zu geben. Nach diesen Gesichtspunkten war auch das Referat aufgebaut. Zur allgemeinen Idee betonte Kollege Fiedler, daß überall Anzucht der herrschenden Unterdrückung der wirtschaftlichen Lage und des gegenwärtig geringen Einflusses der Gewerkschaften sei. Dies wohl verständlich, man solle aber nicht ungerecht sein. Wer hat der Arbeiterchaft mehr gegeben? Die ewige Kritik hysterisch veranlagter Naturen, oder die zähe unbedirte Arbeit der Gewerkschaften? Der Einfluß der Arbeiterchaft ist immer der Ausdruck der Machtverhältnisse. Wenn die Arbeiterchaft heute keine geschlossene Macht ist, wenn sie demzufolge sich stärkeren Faktoren beugen muß, dann hat sie daran selbst schuld durch ihre bedauerliche Zerissenheit. Der Kapitalismus kämpft um seine Existenzgrundlage. In diesem Kampf muß die Arbeiterchaft das Vertrauen zu ihren Führern bewahren. Zu den Spartenfragen stellte Kollege Fiedler fest, daß die Handfeger die Krise bis jetzt verhältnismäßig gut überstanden haben. Wohl ist ein Verlust an Mitgliedern eingetreten, aber die Zahl der Vereinigungen hat sich um 282 Proz. erhöht. Gegenüber andern Sparten fällt dabei sehr stark ins Gewicht, daß bei uns der Spartegebäude noch sehr jung ist. Für die Austritte werden allerlei Gründe angegeben, oftmals tragen die örtlichen Spartenverbände die Schuld, weil sie nicht mit dem notwendigen Ernst an die Arbeit herangehen. Das Vereins- und Veranlassungsleben muß aufgebaut werden. Die Sparte muß nach außen hin mehr in Erscheinung treten. Im Oktober wird eine Werbewoche stattfinden, in der an alle noch abseits stehenden Kollegen herangetreten werden soll. Die Möglichkeit der Berichterstattung im 'Korr.' muß von unsrer Sparte mehr ausgenutzt werden. Die Verhandlungen zur Anlage A werden uns vor eine schwere Aufgabe stellen. Es kommt den Unternehmern bei ihren Vorschlägen nicht so sehr darauf an, den wenigen Berechnungen ihr Einkommen zu beschneiden, sondern in erster Linie sollen die Grundlagen der Arbeitskontrolle zugunsten der raffiniertesten Ausbeutung abgeändert werden. Es ist notwendig, daß alle Handfeger erkennen, worum es hierbei geht. Aufklärung und Bildungsarbeit dürfen nicht nachlassen. Der Vorwurf, die Sparte sei überflüssig, ist nicht zuletzt auf unsre Unterlassungsünden zurückzuführen. Die Ausführungen Fiedlers fanden starken Beifall. Eine größere Diskussion hierzu erzielte fünf. Vorschläge wurden nicht gestellt. Lediglich von Kollege kam eine Anfrage, welche Aufgaben die Gauvereinsung für die Zukunft plane. Der Tagungsort der nächsten Vorstandskonferenz wurde angefragt, der unsicheren Verhältnisse nach nicht festgelegt. Zum Abschluß der Konferenz überreichte Kollege Pfeiffer ein von unferm aktiven Kämpfer, Kollegen Elle (Gießen), verfasstes Lied. Kollege Elle hat schon wiederholt durch seine Dichtkunst zur Erheiterung der Kollegen beigetragen. Er gehört seit 1872 dem Verband an und hat bis heute in vorbildlicher

Pflichttreue in den Reihen der Kollegen seinen Mann gestanden. Er verließ inzwischen den Gau und wir wünschen ihm einen ruhigen Lebensabend. Die Konferenz wurde um 12 Uhr mit einem Hoch auf Sparte und Verband geschlossen. — Am Sonntagvormittag besichtigten die auswärtigen Teilnehmer den Zoologischen Garten. Am Nachmittag veranstaltete die Gauvereinsung in Fiedersheim am Main im schönen Heim der Freien Turner ein Handfegerfest. Bei dem schönen Sommerwetter kamen die Kollegen mit ihren Angehörigen in großer Zahl aus der ganzen Umgebung zusammen. Musik und Chöre des Gesangsvereins 'Gutenberg' (Frankfurt a. M.) eröffneten das Treffen. Kollege Fiedler hielt eine zündende Ansprache, in der er darauf hinwies, daß es uns immer eine angenehme Erinnerung sein wird, an dem Ort zu wissen, von dem unsre Bewegung ihren Ausgang genommen hat. In dieser Tatsache liegt aber andererseits auch die Verpflichtung für alle Handfeger, besonders in Frankfurt und im Gau Frankfurt-Hessen, sich dieser Ehre würdig zu erweisen durch zeitlosen Eintritt in die Sparte. Jeder soll mitwirken, jeder soll mitarbeiten und seine Pflicht tun, dann wird auch das alte Buchdruckerlied wieder voll zur Geltung kommen, in dem es heißt, daß ein gemeinsames Band uns alle umschlingt. Mit dieser Erkenntnis wollen wir an die zukünftige Arbeit gehen. Ein Hoch auf den Verband und die Sparte bildete den Abschluß der Ausführungen, die brausenbeifall fanden. Kollege Gehrmann verband die Dankesworte an den Referenten mit dem Wunsch, daß jeder Kollege aus diesem Saal herausgehen möge als Werber für die Sparte. Der gemüthliche Teil wurde bestritten durch Lieberworte des Gesangsvereins 'Gutenberg', durch einen vorzüglichen Humoristen und die immer müde Musikkapelle. Fleißig wurde auch das Tanzbein geschwungen. Zu einer besonderen Ehrung gestaltete sich das gemeinsam gesungene Lied des Kollegen Elle, dem auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen sei. In später Stunde wanderten die Kollegen heimwärts, und noch lange wird die Veranstaltung allen Teilnehmern eine angenehme Erinnerung sein.

**Hameln. (Handfeger.)** Über 250 Handfegerkollegen aus dem Gau Hannover konnte der Vorsitzende der Handfegervereinigung Hannover, Kollege Behrens, zum Dritten niederhessischen Handfegerkongress im 'Gewerkschaftshaus' in Hameln begrüßen. Sein Gruß galt auch dem Kollegen Pfeiff (Berlin), den Vertretern des Gauvorstandes, des Lokalvereins Hannover, des Ortsvereins Hameln, der übrigen Sparten und des Bildungsverbandes, die ihrerseits der Tagung besten Verlauf wünschten. Im Mittelpunkt stand ein Referat des Kollegen Pfeiff über das Thema 'Aktivität, Disziplin und Einigkeit im Verband der Deutschen Buchdrucker'. Der Referent führte u. a. aus: Der oberste Grundfah der deutschen Verfassung; 'Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus', findet seine größten Freunde in der deutschen Arbeiterchaft. Aber: 'Der Feind, den wir am meisten hassen, der uns unlagert schwarz und dicht, das ist der Unverstand der Massen, den nur des Geistes Schwert durchdringt!' Wie wäre sonst ein solcher Wahlsieg möglich wie der vom 31. Juli? — zentraler Beweis, die wirtschaftliche Notlage hat auch ihr Teil dazu beigetragen. Aber nur der Unverstand der Massen ermöglicht es, daß die Fiktivreden ein gläubiges Publikum finden. Die deutsche Arbeiterchaft ist leider politisch zerplittert und dadurch zur Machtlosigkeit verurteilt. Nur die Eisenerne Front und die freien Gewerkschaften sind die Stellen, wo sich die Einigkeit der Arbeiterchaft durchführen läßt. In den Massen ist der Wille zur Einigkeit wohl vorhanden, aber die Führer der andern Seite (APD.) streben dagegen. Es ist unmöglich, diese Führer, die uns jahrelang mit Schmutz besorzen haben, mit offenen Armen aufzunehmen. In den freien Gewerkschaften steht der Verband der Deutschen Buchdrucker durch sein hohes Organisationsverhältnis an führender Stelle. Heroisch Großes ist in den letzten Jahren an Unterstützung der durch die Wirtschaftskrise Betroffenen geleistet worden; das war nur möglich dank der sozialen Einstellung sämtlicher Verbandsmitglieder. Anders dagegen die Prinzipale, die auf karikierendem Gebiet wenig soziales Verständnis zeigten. Sie erzwangen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die in diesem Ausmaß nicht durch die niedergehende Konjunktur notwendig war. Aber wir werden das Verlorene zurückerobern. Es ist vielleicht verständlich, daß sich der Handfeger, der am schwersten von der Wirtschaftskrise betroffen wird, sich dem Fatalismus nähert; aber nichts ist verkehrter als dieses. Der Verband ist einer schweren Belastung ausgesetzt, aber er wird durchhalten. Im letzten Jahr wurden an Unterstützungen über 10 Millionen Mark ausgezahlt; das ist eine sehr beachtliche Selbsthilfe der Arbeiterchaft, die bei Nichtvorhandensein eine riesige Gefahr für den Staat bedeutete, das ist ein geradezu erschütternder Beitrag für die Opfer der Wirtschaftskrise, das ist vorbildliche Solidarität und das ist die Auswirkung der früheren Aktivität, Disziplin und Einigkeit. Aber nicht dieses finanzielle Ergebnis allein, sondern der Geist, der hinter diesen Tatsachen steht, ist von Bedeutung. Mehr denn je müssen wir heute klaren Kopf behalten, dann ist die Arbeiterbewegung nicht zuerschlagen. Was soll nun aber mit den Arbeitslosen geschehen? Die schnellste Hilfe ist Arbeit, aber dazu fehlt es an Geld. Der DGBW strebt Erleichterung durch Arbeitszeitverlängerung an, aber was geschieht von der Regierung? Erhebungen, Ermittlungen, wohlwollende Prüfungen, aber keine Taten. Die Hitlerpartei will eine Änderung durch die Arbeitsdienstpflicht erreichen. Aber diese bedeutet die Mundtotmachung Mißliebiger. Die Arbeitszeitverlängerung ist keine wirtschaftliche Frage, sondern eine politische Frage, bei deren Lösung sich wieder die politische Zerplitterung der Arbeiterchaft höchst nachteilig bemerkbar macht. Die Lohnreduzierungen, die wir über uns ergehen lassen mußten, sind katastrophal. Hinzu kommt der scharfe Leistungsulagenabbau, der vom DGBW, auch in den Betrieben erzwungen wird, bei denen eine wirtschaftliche Notwendigkeit für eine Kürzung in diesem Ausmaß nicht vorliegt. Aktivität, Disziplin und Einigkeit muß unser Leitziel werden. In der Handfegerbewegung ist ein Stillstand eingetreten; so kann es nicht weitergehen, auch wir müssen aktiver werden. Gewerkschaftliche und Bildungsarbeit muß unser Leitziel sein. Die Bildungs-

arbeit ist im enghen Zusammenhang mit dem Bildungsstand zu leisten. Wir Handwerker müssen erkennen, daß wir für unsere physische und geistige Arbeit gegenüber den übrigen Berufsangehörigen zu gering bezahlt werden; aber wir erleben eine Änderung nicht auf dem Weg der Kürzung der übrigen Löhne. Wir müssen uns bewußt machen, daß unsere Arbeitsleistung mit unserem Lohn in Einklang steht, das ist Solidarität mit den Arbeitlosen. Wenn wir einig sind, werden wir die Dinge meistern. Nicht gefüllte Kästen, sondern der Geist ist es, der uns vorwärts bringt. In der kurzen Aussprache wurde u. a. die Ansicht verschiedener Arbeitsschichten abnehmend kritisiert, die in der Gewährung von Leistungszulagen unantastbare Zustände erblicken. Nach der Mittagspause fand eine kurze Sitzung der Vorstände statt, die sich mit organisatorischen Fragen befaßte. — Der Nachmittag offenbarte uns dann bei herrlichstem Sonnenschein die Schönheiten Hameln und seiner Umgebung. Mit einer folgenreichen Festsitzung fand das Handwerkerfest seinen Abschluß.

**Quedlinburg.** Inse B e z i r k s v e r s a m m l u n g fand am 14. August in Blankenburg statt. Über 85 Kollegen konnte Bezirksleiter K l e i n e r den Referenten, Kollegen Höhne vom Verbandssprengel, und Gauvorsitzer König begrüßen. Mit einigen gut zu Gehör gebrachten Chören, vorgetragen durch die Arbeiter-Vereine, Blankenburg, wurde die Versammlung eingeleitet. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der im letzten Jahr verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt. Nach den Berichten aus den Druckereien des Bezirks, aus denen allgemein die Lage großer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit hervortrat, in tatsächlicher Beziehung aber alles als in Ordnung gemeldet wurde, referierte Kollege Höhne über das Thema „Gewerkschaftliche Zeitfragen“. Der Referent nahm den Verlauf der letzten Reichstagswahlen zum Ausgangspunkt seiner Darlegungen. Trotz aller Mahnungen der Verantwortlichen im Volk haben sich große Teile der Arbeiterpartei einer Partei verschrieben, die alles anders als eine Arbeiterpartei ist, die die reaktionäre Regierung Papen im Sattel hatte. Was der Arbeiterpartei und besonders den Gewerkschaften unter dem Regime der sogenannten aufbauenden Kräfte der Nation bevorstehe und welche Stellung dazu einzunehmen ist, zeigte der Referent in klarer Weise auf. Im Zusammenhang mit diesen allgemeinen Fragen wurden auch die beruflichen Dinge behandelt, wie sie sich zur Zeit gestaltet haben. Auf eine gewaltige Kraftprobe wurde die Arbeiterpartei heute gestellt; es sei bedauerlich, daß die Zerplitterung in der Arbeiterpartei der Reaktion erst die Wege gebnet und die heutigen Zustände erst ermöglicht habe. Und trotzdem werden den Bestrebungen der Arbeiter auf engeren Zusammenhalt immer wieder Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Mit einem eindringlichen Appell, trotz aller Widerwärtigkeiten das Vertrauen in den Gewerkschaften, dem einzigen Bollwerk der Arbeiterpartei, nicht zu verlieren und sich fester zum Widerstand gegen die Feinde der Arbeiter zusammenzuschließen, schloß der Referent seine Ausführungen. Kollege K ö n i g appellierte anschließend an die Kollegen, den Schlußworten des Referenten die größte Beachtung beizumessen, da es in den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen auf die Solidarität und Geschlossenheit der Arbeiterpartei mehr denn je ankomme. Die nächste Bezirksversammlung soll am Quart. Ludwigsburg abgehalten werden. — Ein Spaziergang in die Umgebung Blankenburgs schloß sich an.

**Stuttgart.** Eine Versammlung „ohne Trinzwang“ bei über 40 Grad Celsius in der Sonne und 32 Grad im Schatten zustande zu bringen, will allerhand heißen. Wenn eine solche noch zum guten Besuch aufweist, wie die unsre am 17. August, so verdient es uneingeschränktes Lob. Die Eisernen Front der hiesigen Buchdrucker hielt an diesem Tag ihre erste V e r s a m m l u n g ab mit Wahl der Führer, Unterführer und Einteilung der Betriebe in drei Hammergruppen. Es ist eine stattliche Zahl von Kameraden, die sich zum Schutz der heutigen Verfassung in die Listen eintragen ließen. Kollege K l e i n gab seiner Freude Ausdruck über diese glänzende Beteiligung und ebenso über jene beim Aufmarsch der Gewerkschaften und Eisernen Front vor der Wahl in der „Stadthalle“. Wir waren eine der stärksten Gruppen. Solange dieser Geist in unseren Reihen herrsche, braucht es uns um die Verteilung unserer Grundrechte, der Tarifverträge, nicht hänge zu sein. Herr Amtsrichter Dr. B a u e r erhebt nun das Wort zu einem Vortrag über das Thema „Die Ziele der Eisernen Front nach der Wahl“. Mit dem Ruf „Freiheit“ leitete er diesen ein. Es bedeute ein glänzendes Ergebnis für die SPD, mit 133 Abgeordneten aus diesem mit unerhittlicher Schärfe und nicht nur „ritterlich“ geführten Wahlkampf hervorgegangen. Nach all den Vorgängen, die die SPD, gewohnheitsmäßig auf sich nehmen mußte, wie Brünningförierung, Hindenburgwahl, Notverordnungsmassnahmen und -elefen, wären andere Parteien nicht solch eifrig disziplinierten Wählermassen einfach zermalmte worden. Daß Schwemmland zu radikal sich gebärdenden Parteien angetrieben wurde, ist erträglich. Dieser Vorgang wird sich noch oft wiederholen, bis unselbständig denkende Wähler durch den Gang der kommenden Ereignisse einsehen lernen, daß radikale Theorie und praktische Auswirkung zwei grundverschiedene Dinge sind. Ja, radikal: theoretische Aufpeitschung gelingt bei schwachen Charakteren den rechten und linken Füllgeparkten viel leichter, als ihre Kreise zur praktischen Überlegung und zur Mitarbeit heranzubringen. So wird es bei den 37prozentigen Wählermassen der Nationalen vor sich gehen. Wenn diese „Ausharberter“-Partei mit ihrer radikalen Forderung der „Alle Macht für Hitler“, also unbeschränkte Mussolini-macht über König und Kaiser, über Fürsten, Grafen und Freiherren, über Bank- und Industriekapital, über Gewerbe und Handel, über Bauer und Bettler nicht durchdränge, komme die Einsicht und Umkehr der Verblendeten schlagartig. Es werde zum Heulen und Zähneklappen bei den Führern jener Verführten kommen. Wer seine Anhänger zu blindem Haß gegen alle Andersdenkenden, und das sind 63 Proz. gegen 37 Proz., aufstachelte und aufpöbelte, muß unterliegen. Wer leben in Deutschland und haben durch Italien Anschauungsunterricht genossen. Was Adolf Hitler, der eingebeutete Braunauer, tolerierte und forderte, Abrechnung mit dem „System“, kommt unausweichlich über ihn und seinen Generalfstab, nach den unab-

änderlichen Gesetzen und Logik. Die neuesten Vorgänge innerhalb der SA- und SS-Formationen mit dem blühlichsten „Araufserlaß“ des Berliner Gaugrafen v. Helldorf, der seine „helle Haufen“ am liebsten dort hätte, wo der „arme“ Adolf seine Bonzenferien verbringt, in den bayerischen Bergen und am oder im Königsee oder gar dort, wo der Pfeffer wächst, zeigen die Verwundungsmarkte dieser Partei. Es klinkt. Den Führern glückt die Leine aus den Händen, die Fingel schleifen; selbst mit scharfer Raubare und Madrigal kann das Boden und die Abwehrverleugung der Feinde hoch zu Ross stehenden nicht mehr aufgehalten werden. Selbstverleugend wirft sich Hitler demagogie aus. Der 31. Juli war der Tag, an dem sich das Schicksal der NSDAP. erfüllte. Die früher aufsteigende Bewegung kam zum Stillstand; in vielen Kreisen mit fettergeiger absoluter Mehrheit zum Abstieg. Der saule Zauber ist gebrochen. Auf parlamentarischem Weg kommt die Hitlerbewegung legal nicht mehr zum Ziel. Der Führer wollte den Putsch, wollte die Revolution von oben. Auf dieser Weg ist verarmt. Sein Harzburger Mitspieler Hugenberg ist ihm eine Katenlänge voraus. Mit dem Gedulda und 8 Proz. Wählern setzte er Wolken matt. Der Weitegeier umkreist feere Naziälten. Hugenberg hat verstanden, durch Rabalen und gemeinliche Liebe mit „seinem“ Idelskabinett schon vor der Wahl, schon vor der jaggerierten Auflösung des Reichstags, auf „vier Jahre“ die Hitlerpartei lahmgulegen. So oratelt v. Scheitler, so ähnlich predigt v. Papen von „auf lange“ Zeit. Will der düpierte Adolf trotzdem noch legal auf parlamentarischem Weg zum Ziel kommen, muß er dem Zentrum aus der Hand freissen, muß lernen, daß, wer Haß ist, Verunglimpfungen und Spott ausstreut, mit der gleichen Ernte bedacht wird. Sehen seine Wählermassen, zu was ihre Stimme mißbraucht wurde, wie die Führung treulässig schachtet, um auch nur Bruchteile des Verprochenen wahrzumachen, dann kommt es ohne äußere Einwirkung zum Explodieren des Pulverfasses. Die Gobbels, Straßers, Röhm, Göring und wie sie alle heißen mögen, ernten dann gerechten Lohn. Also der „legale“ Weg ist verbannt, der „illegale“ aber verbannt. v. Scheitler will den „inneren Schweinehund“ selbstverständlich genau so behandeln, wie dieser es verdient. Eine Verfassungsänderung mit Änderung des derzeitigen Wahlrechts brächte noch tieferer den Niedergang der NSDAP. Regieren ohne Reichstag kann der Reichspräsident durch Treuhänder auf die Weimarer Verfassung für die Dauer nicht zulassen. Regieren mit dem Reichstag und mit der gettenden Mitgliederhandhabung dürfte v. Papen kaum vier Jahre gelingen. Ihm wird beim Zusammentritt ziemlich einmütig bestätigt werden, daß er zur Zeit kein Vertrauen erwecken kann. Die Schlußfrage des Referenten lautete: Was bleibt uns zu tun übrig? Seine Antwort: Die Eisernen Front enigmatisch über das ganze Reich ausbreiten. Wir haben die Betriebe in der Hand. Das ist unsere Stärke. Wenn diese Stärke von der NSD. und NSD. zum Erlahmen und Erliegen gebracht werden soll, wird diesen beiden der Lohn und Dank nur zu reichlich und zu exemplarisch aus ihren eignen verführten Reihen werden. Angefrakt darf niemand Verbrechen an den „Zielen“ und „Zwecken der Schaffenden“ begehen. Reicher Beifall und Dankesworte das Vorwissen; den folgten drei treffenden Ausführungen. Eine besondere Bitte des Kollegen K l e i n g: „Tragt das Abzeichen der Eisernen Front, wo ihr geht und wo ihr steht, tretet ein in die Eisernen Front, die ihr noch fernsteht!“, wird sicher Gehör finden. Mit dem Gruß „Freiheit“ schloß er diese denkwürdige Versammlung. Spontan erkundete das Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ aus der Versammlungsmitt. Es war eine erhebende Tat. Keine Auseinandersetzung über Tarif- und Lohnfragen, keine Klagen über die schlechtesten aller Zeiten. Einig, aus einem Guss war die Stimmung der Kollegenpartei. Es herrschte Kameradschaftsgefühl und Kampfsitz wie selten zuvor.

### Allgemeine Rundschau

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkerkammer Straßburg legte der Seherkollege M a g B o r g w a r d t aus Putbus (Pommern) die Meisterprüfung ab.

**Gefinnungsschmiffel.** Die „Buchdruckerwoche“ brachte in ihrer Nummer vom 24. August ein zweifelhafte Inserat, durch das n a t i o n a l g e s i n n t e Handwerker, Maschinenleger, Runds- und Flachdrucker (Nichtverbänder) in dauernde Stellung gesucht wurden. Der Wortlaut dieses Inserats einer uns sehr wohl bekannten Firma, deren Inhaber sich in ihrem Nationalismus förmlich überlagern, verstößt in so großräumiger Art gegen den im Deutschen Buchdruckeramt und auch in der Reichsverfassung festgelegten Neutralitätsbegriff in arbeitsrechtlicher Beziehung, daß die Aufnahme des Inserats in der „Buchdruckerwoche“ als eine höchst bedauerliche gewerbliche Entgegnung beurteilt werden muß. Kein ernst zu nehmendes Fachblatt, das auf Wohlstandigkeit Wert legt, sollte durch indirekte Förderung der Gefinnungsschmiffel zur Existenzgefährdung andersgeinnter Arbeiter oder Angehörigen beitragen. Die Beschäftigung eines Buchdruckergehilfen, der dem Prinzipal doch lediglich seine Arbeitskraft verkauft, von einer bestimmten politischen Gefinnung oder religiösen Anschauung abhängig machen zu wollen, ist und bleibt grober Anflug!

**Vom Zeitungstrettschmaus.** Am 30. August hat der Berliner Polizeipräsident das Zentralorgan der SPD, den „Vorwärts“, mit sofortiger Wirkung bis zum 2. September verboten. Das Verbot erfolgte, weil der „Vorwärts“ das Programm des Reichstagslagers Papen als ein „Programm des Verfassungsbruchs“ bezeichnet hatte. — Der „D a n z i g e r A l l g e m e i n e n Z e i t u n g“ wurde laut polnischer Verordnung für die Dauer von zwei Jahren in das Verbotswahlverfahren Kommerzellen, Hofen und Schloßen das Verbot entzogen. Das gleiche Verbot ist vor kurzem über die „Danziger Neuesten Nachrichten“ verhängt worden.

**Von der siebenten Großmacht.** Nach den neuesten Erhebungen gibt es in Deutschland 4703 Tageszeitungen. Ihre Auflage bewegt sich zwischen 55 und 559 000. Mit einer Auflage von über 100 000 Exemplaren gibt es 23 Zeitungen. Die Mehrzahl der Zeitungen hat eine Auflage unter 10 000. Es ist bezeichnend, daß sich 43 Proz. aller Zeitungen

als parteiflos bekennen. 22 Proz. sind echte Parteizeitungen, 26 Proz. Richtungszeitungen und bei 9 Proz. fehlen die Angaben. Von den als politisch nachgewiesenen Zeitungen gehören 28 Proz. nach rechts, 13 Proz. zur Mitte und 8 Proz. nach links. Die SPD. ist mit 135 Zeitungen, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei sind mit 600 Zeitungen vertreten. Im Jahre 1931 gab es bereits 120 nationalsozialistische Blätter. Diese Zahl wird bis jetzt noch angenommen haben. Käst man die hier mitgeteilten Ziffern auf sich wirken, so kommt man zu der Überzeugung, daß die Macht der Presse in Deutschland überwiegend vom Bürgertum ausgeht wird. Da die Zeitungen die öffentliche Meinung machen, kann man sich ungefähr vorstellen, wie sich diese einseitige Handhabung des deutschen Zeitungsapparats auf Politik und Wirtschaft auswirkt.

**Weiterer Rückgang der deutschen Buchproduktion.** Zur liegen bereits die Ausgäben und katifischen Berechnungen über die deutsche Buchproduktion im ersten Halbjahr 1932 vor. Registriert wurden in der von der Deutschen Bibliographie in Leipzig bearbeiteten Deutschen National-Bibliographie 10 836 Neuerwerbungen. Davon waren 8882 Erst- und 1757 Neuauflagen. Im ganzen Jahr 1931 erschienen 24 072, im Jahr 1932, das den höchsten Produktionsstand nach dem Krieg aufwies, waren es rund 31 000 Einheiten. Der Rückgang ist also ganz erheblich. Von der Halbjahrsproduktion 1932 wurden 4511 Druckziffern in Fraktur, 6092 in Antiqua und 33 in anderen Schriftzügen gedruckt. Die Antiqua dringt demnach weiter vor. Von den Neuerwerbungen waren 188 Flugblätter im Umfang von 1 bis 4 Seiten, 3093 Broschüren von 5 bis 48 Seiten und 7350 Bücher mit mehr als 48 Seiten. Der Durchschnittspreis, der 1931 noch 6,12 M. betragen hatte, sank im ersten Halbjahr nach der im Buchhandel erst im Januar wirksam gewordenen Preisentzugsnotverordnung auf 5,48 M. Im Juni betrug der Durchschnittspreis nur 4,89 M. Bei der Schönwetterzeit (Weltkrisis), die der Titelfahrt nach weitaus an erster Stelle kommt, wurde ein Durchschnittspreis von 2,60 M. (1931: 3,07 M.) ermittelt. Nach dem Urteil des Deutschen Bibliographentages, der zu Pfingsten in Jena stattgefunden hat, ist die wissenschaftliche Literatur, besonders die medizinische, noch viel zu teuer. Der Gesamtladenpreis für je ein Exemplar der 10 072 in Reichswährung herausgegebenen Bände der Halbjahrsproduktion wurde mit 55 160,87 M. errechnet. Die Zahlen, die wir hier angeben haben, erlauben nicht die sichere Folgerung, daß es jetzt dem ganzen Buchhandel schlecht geht. So hat z. B. die Mitteln AG. im Geschäftsjahr 1931 nach Abschreibungen von 2,38 Mill. M. (1931: 1,43 Mill. M.) den immerhin noch recht ansehnlichen Reingewinn von 665 172 M. (1931: 1,96 Mill. M.) erzielt. Im großen und ganzen scheint aber der Buchhandel gegenwärtig nicht auf Rosen gebettet zu sein. Der Abschragung ist erheblich und die Ausfuhr geht auch nicht unbedeutend zurück. Der Buchhandel ist zum großen Teil selber schuld an seinem wahrscheinlich nur zeitweisen Niedergang. Gerade die Unternehmer dieses Berufszweiges waren es, die bei jeglicher Gelegenheit wegen der angeblich zu hohen Löhne und Gehälter geschrien haben und den Abbau verlangten. Was ist daraus geworden? Der zurückstolze Lohnraub kam in allen Erwerbszweigen. Da verkleinerte nun fützlich der Verband der Sächsischen Buchhändler im „Vorbereitung für den deutschen Buchhandel“, daß an der Rolle des Buchhandels der Gehaltsabbau die Wurzel allen Übels sei. Außerdem wettete er gegen den amtlich notverordneten Kulturabbau, der sich auf den Buchhandel sehr schädlich auswirkt. Die Etats der öffentlichen wissenschaftlichen Bibliotheken, der Volksbibliotheken, der Behördenbibliotheken, der Bildungs- und Lehranstalten, der Kunstinstitute usw. wurden tatsächlich bis auf die Hälfte und vereinzelt sogar bis auf ein Viertel verkleinert. Neuanstellungen von Büchern sind den meisten dieser Institute nicht mehr möglich. Der Volkskultur werden dadurch schwere Wunden geschlagen. Wenn nur die aufrichtigen Förderer und Hüter des Geisteslebens auf der ganzen Linie den Ruf erkönen lassen, daß die Kultur vor dem Verfall gerettet werden müsse, so können wir dem nur beipflichten. Auch wir werden den Kampf gegen die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Reaktion mit noch größerer Schärfe als je zuvor zu führen wissen, ohne daß nur materielle Gründe dafür ausschlaggebend sind.

**Schiedspruch für die papiererarbeitende Industrie.** Wie wir in Nr. 69 mitteilten, sieben die am 18. August in Berlin geführten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband der papiererarbeitenden Industrielken um die Erneuerung des Mantelarbeitvertrags und des Lohn-tarifs ergebnislos. Unter Berufung auf eine Bestimmung des Mantelarbeitvertrags, die die vertragsstehenden Parteien verpflichtet, alle zur Schlichtung von Streitigkeiten vorgesehenen tariflichen oder geschlichteten Instanzen anzurufen, ehe Weiterungen eintreten, kamen die Parteien überein, das Reichsarbeitsministerium um die Einlegung eines Schlichtungsausschusses zu eruchen. Das ist inzwischen geschehen. Es wurde ein Schiedspruch gefällig, der im wesentlichen folgende Neureglung vorlegt: Der Reichslohntarif wird unverändert verlängert, und zwar immer an 1. und 16. jeden Monats klandar für einen Monat. Im Reichsmantelarbeit wird die Ferienstaffel in der Spitze gekürzt. Nach zehn Jahren werden nicht mehr neu, sondern nur sieben Tage Urlaub gewährt. Die Auszahlung der Ferientage erfolgt für die Tarifperiode mit 75 Proz. Statt sieben werden fünfzig nur vier Ferientage bezahlt. Die Ferientagsbezahlung erhält der Arbeitnehmer aber erst dann, wenn er ein Jahr im Betrieb beschäftigt ist. Die Lohnpunkte, die im Mantelverbot für die Frauen veranortet ist, hat nicht mehr Gültigkeit für die Dauer des Mantelverbot, sondern nur für die Dauer des Lohn-tarifs. Darüber hinaus bringt der Spruch noch eine Reihe von Abänderungen zugunsten der Arbeitnehmer. Die an dem Vertrag beteiligten Gewerkschaften dürfen, wie wir hören, diesen Schiedspruch kaum annehmen.

**Über den Metallarbeiterverbandstag.** Die größte Gewerkschaft des Reichs, der Deutsche Metallarbeiterverband, hielt seinen ordentlichen Verbandstag kürzlich in Dortmund ab. In seiner Eröffnungsrede betonte zweiter Vorsitzender Reichel, daß der Verband nach 40jähriger Aufbaubarbeit 279 Mill. M. für Unterstützungszwecke ausgegeben hat. In dieser Zeit sei der deutsche Arbeiter durch die Tätigkeit der Gewerkschaften vom ehemaligen Sklavens zum Staatsbürger emporgestiegen. Die überaus

